

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

**Dossier: Sorgen- und Angstbarometer**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernet, Samuel  
Buchwalder, Mathias  
Bühlmann, Marc  
Gsteiger, Christian  
Hirter, Hans  
Magnin, Chloé  
Ziehli, Karel

## Bevorzugte Zitierweise

Bernet, Samuel; Buchwalder, Mathias; Bühlmann, Marc; Gsteiger, Christian; Hirter, Hans; Magnin, Chloé; Ziehli, Karel 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Sorgen- und Angstbarometer, 1998 – 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 06.06.2025.

# Inhaltsverzeichnis

|                           |   |
|---------------------------|---|
| Sorgenbarometer 1996–2000 | 1 |
| Sorgenbarometer 2001–2010 | 1 |
| Angstbarometer 2010–2013  | 4 |
| Sorgenbarometer 2011–2020 | 4 |
| Sorgenbarometer 2021–2030 | 8 |

## Abkürzungsverzeichnis

|                   |                                                                                 |
|-------------------|---------------------------------------------------------------------------------|
| <b>AHV</b>        | Alters- und Hinterlassenenversicherung                                          |
| <b>OECD</b>       | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung                 |
| <b>SNB</b>        | Schweizerische Nationalbank                                                     |
| <b>EU</b>         | Europäische Union                                                               |
| <b>IV</b>         | Invalidenversicherung                                                           |
| <b>EWR</b>        | Europäischer Wirtschaftsraum                                                    |
| <b>KMU</b>        | Kleine und mittlere Unternehmen                                                 |
| <b>BVG</b>        | Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge |
| <b>gfs.bern</b>   | Forschungsinstitut gfs.bern                                                     |
| <b>gfs.zürich</b> | Forschungsinstitut gfs.zürich                                                   |

---

|                   |                                                                                     |
|-------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>AVS</b>        | Assurance-vieillesse et survivants                                                  |
| <b>OCDE</b>       | Organisation de coopération et de développement économiques                         |
| <b>BNS</b>        | Banque nationale suisse                                                             |
| <b>UE</b>         | Union européenne                                                                    |
| <b>AI</b>         | Assurance-invalidité                                                                |
| <b>EEE</b>        | l'Espace économique européen                                                        |
| <b>PME</b>        | petites et moyennes entreprises                                                     |
| <b>LPP</b>        | Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité |
| <b>gfs.bern</b>   | Institut de recherche gfs.bern                                                      |
| <b>gfs.zürich</b> | Institut de recherche gfs.zürich                                                    |

# Sorgenbarometer 1996–2000

## Stimmung in der Bevölkerung

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1998  
HANS HIRTER

Gemäss einer vom Meinungsforschungsinstitut GfS durchgeführten Umfrage blieb 1998 die **Arbeitslosigkeit** mit 74 Prozent Nennungen (Mehrfachnennungen waren erlaubt) die **wichtigste Sorge** der Schweizerinnen und Schweizer. Dahinter folgten mit deutlichem Abstand Asylpolitik (47%), Gesundheitsfragen (46%) und die Altersvorsorge (45%). Am meisten, nämlich um 17 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr zugelegt hat dabei die Flüchtlingsfrage; an Bedeutung verloren haben Finanz-, Drogen- und Umweltpolitik. Nicht mehr unter den zwanzig meistgenannten Themen befand sich das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.<sup>1</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.1999  
HANS HIRTER

Die Rangliste der politischen Probleme, deren Lösung die Schweizerinnen und Schweizer für am vordringlichsten halten, hat sich im Vergleich zum Vorjahr verändert. Gemäss der unmittelbar nach den Nationalratswahlen vom Oktober durchgeführten Selects-Umfrage hat die **Asylproblematik das Thema Arbeitslosigkeit von der Spitze verdrängt**. Diesen Meinungsumschwung aber allein auf die Wahlpropaganda gewisser Parteien (namentlich der SVP) zurückzuführen, wäre wohl kaum zutreffend. Immerhin hatten sich in der Zwischenzeit auch die realen Verhältnisse verändert: Die Arbeitslosenzahlen hatten sich weiter massiv reduziert und infolge des Kosovo-Konflikts war im Sommer eine neue Höchstzahl an einreisenden Flüchtlingen zu verzeichnen gewesen. In der französischen Schweiz konnte sich allerdings die Angst vor der Arbeitslosigkeit an der Spitze halten; dort spielen sozialpolitische Fragen für die Bevölkerung generell eine wesentlich wichtigere Rolle als in der Deutschschweiz.<sup>2</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 29.07.2000  
HANS HIRTER

Die **Rangliste der politischen und gesellschaftlichen Probleme, welche die Schweizerinnen und Schweizer am stärksten beschäftigen**, hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals verändert. Gemäss einer GfS-Befragung hat die **Sorge um die Gesundheit** (und wohl auch um die Gesundheitskosten) mit einem Anteil von 59 Prozent (1999: 48%) die Flüchtlingspolitik (41%; 1999: 56%) von der Spitze verdrängt. Noch vor der Asylpolitik rangierten diesmal auch die Altersversicherung und die Europafrage (49% resp. 45%). Die Arbeitslosigkeit, welche im Frühjahr 1999 zusammen mit der Asylpolitik die Rangliste angeführt hatte, wurde nur noch von 34 Prozent der Befragten erwähnt. Der Bedeutungsschwund der beiden letztgenannten Themen hängt natürlich stark von den äusseren Faktoren ab (weitere Reduktion der Arbeitslosigkeit und Rückgang der Zahl der neuen Asylbewerber nach der Eindämmung des Kosovo-Konflikts). Massiv verbessert hat sich das Vertrauen, welches die Landesregierung bei den Bürgerinnen und Bürgern geniesst. Gemäss einer regelmässig durchgeführten repräsentativen Befragung hat sich von 1997 bis Herbst 1999 der Anteil derjenigen, welche **dem Bundesrat vertrauen, von 39 Prozent auf 55 Prozent verbessert**; im Verlaufe des Berichtsjahres stieg dieser Wert sogar gegen 60 Prozent an. Gemäss einer weiteren repräsentativen Umfrage bekundete im Berichtsjahr eine Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung (inkl. ansässige Ausländer) eine **grosse Zufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen** und eine optimistische Zukunftserwartung.<sup>3</sup>

# Sorgenbarometer 2001–2010

## Stimmung in der Bevölkerung

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2001  
HANS HIRTER

Die **Rangliste der politischen und gesellschaftlichen Problem\*, welche die Schweizerinnen und Schweizer am stärksten beschäftigen**, hat sich gemäss einer von der GfS jährlich durchgeführten Befragung gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. An der Spitze blieb mit 64 Prozent der Nennungen der Bereich **Gesundheitsfragen** (inkl. Kosten). Das Ende des Wirtschaftsbooms drückte sich in einer gesteigerten Angst vor Arbeitslosigkeit aus: 45 Prozent der Befragten zählten die Sorge um den Arbeitsplatz zu einem der fünf wichtigsten Problembereiche (2000: 34%). Dass bei dieser regelmässig im Herbst durchgeführten Befragung dieses Jahr, also unmittelbar nach den Terroranschlägen in den USA und dem Amoklauf im Zuger Parlament, die **Angst vor Terrorismus** wesentlich stärker verbreitet war als in früheren Jahren, war zu erwarten. Mit einem Anteil von 27 Prozent der Nennungen figurierte dieses Thema auf dem

sechsten Platz; dabei erscheint fast bemerkenswerter, dass auch nach dem elften September und nach Zug mehr als 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer Terroranschläge nicht zu ihren fünf grössten Sorgen zählten.<sup>4</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 09.12.2002  
HANS HIRTER

Die von der GfS jährlich durchgeführte **Befragung über die politischen und gesellschaftlichen Probleme**, welche die Schweizerinnen und Schweizer am stärksten beschäftigen, ergab im Vergleich zum Vorjahr einige Veränderungen. Die vier erstplatzierten Themen und ihre Rangordnung blieben zwar die selben, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (52% der Nennungen), die Sorge um die Sicherung der Altersvorsorge (49%) und die Asylpolitik (43%) haben aber gegenüber dem weiterhin an der Spitze liegenden Bereich **Gesundheitswesen und -kosten** (58%) aufgeholt. Wie zu erwarten war, ging die Angst vor terroristischen Anschlägen, welche im Herbst des Vorjahres mit 27 Prozent der Nennungen den fünften Platz belegt hatte, wieder auf das vor den Attentaten in den USA und dem Amoklauf im Zuger Parlament registrierte Niveau zurück und wurde nur noch von acht Prozent der Befragten zu den fünf wichtigsten Problemen gezählt.<sup>5</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 16.12.2003  
HANS HIRTER

Die von der GfS jährlich durchgeführte Befragung über die **politischen und gesellschaftlichen Probleme**, welche die Schweizerinnen und Schweizer am stärksten beschäftigen, spiegelte die schlechte Wirtschaftslage wider. Die Arbeitslosigkeit wurde von 67 Prozent der Befragten als eines der wichtigsten fünf Probleme genannt (2002: 52%) und verdrängte damit die Sorgen um die Gesundheit und die Gesundheitspolitik (63%) vom Spitzenplatz. Auf Rang drei hielt sich die Altersversicherung; die Asylpolitik folgte auf Rang vier, hatte aber mit 36 Prozent Nennungen deutlich an Bedeutung verloren. Trotz der grossen Diskussionen über einen allfälligen Zusammenhang zwischen dem Hitzesommer 2003, der globalen Erwärmung und der Klimaveränderung infolge von Luftverschmutzung machten sich noch weniger Personen grosse Sorgen um die Umwelt als vor Jahresfrist. Nur 14 Prozent der Befragten zählten die Umweltzerstörung zu den fünf grössten Problemen; ein noch tieferer Wert war letztmals 1976 verzeichnet worden.<sup>6</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 14.12.2004  
HANS HIRTER

Die von der GfS jährlich durchgeführte Befragung über die **politischen und gesellschaftlichen Probleme**, welche die Schweizerinnen und Schweizer am stärksten beschäftigen, ergab gegenüber dem Vorjahr kaum Veränderungen. An der Spitze der Rangliste stand weiterhin das Problem der Arbeitslosigkeit, gefolgt von Gesundheitspolitik, Altersvorsorge und Asylpolitik, wobei die Bereiche Gesundheitspolitik und Altersvorsorge deutlich weniger oft genannt wurden als bei der letzten Erhebung.<sup>7</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 13.12.2005  
HANS HIRTER

Die von der GfS-Bern jährlich durchgeführte Befragung über die **politischen und gesellschaftlichen Probleme**, welche die Schweizerinnen und Schweizer am stärksten beschäftigen, ergab keine grossen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. An der Spitze figurierte wiederum die Arbeitslosigkeit, gefolgt vom Gesundheitswesen und der Altersvorsorge.<sup>8</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 19.12.2006  
HANS HIRTER

Trotz der boomenden Wirtschaft und dem Rückgang der Arbeitslosenquote blieb die Arbeitslosigkeit an der Spitze der **politischen und gesellschaftlichen Probleme**, welche die Schweizerinnen und Schweizer beschäftigen. Sie wurde zwar etwas weniger häufig genannt als im Vorjahr, aber immer noch von 66 Prozent der Befragten. Die von der GfS-Bern jährlich durchgeführte repräsentative Befragung ergab auch sonst kaum Veränderungen gegenüber der letzten Erhebung: Nach der Arbeitslosigkeit folgten wiederum die Bereiche «Gesundheitswesen» (55%) und «Altersvorsorge» (51%). Relativ stark zugenommen hat der Anteil der Personen, welche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Asylpolitik als eines der fünf wichtigsten Probleme bezeichneten (39 Prozent gegenüber 28 Prozent im Jahr 2005).<sup>9</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 10.12.2007  
HANS HIRTER

Die von der GfS-Bern im Auftrag der Crédit Suisse jährlich durchgeführte repräsentative Befragung über die wichtigsten **Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz** ergab die selben Spitzenreiter wie im Vorjahr. Trotz anhaltend guter Wirtschaftslage und zunehmender Beschäftigung figurierte die Arbeitslosigkeit (57%; -9% gegenüber dem Vorjahr) immer noch an der Spitze der Rangliste, gefolgt von der Sorge um die Altersvorsorge (45%; -6%) resp. die Gesundheit (38%; -17%). Alle drei Bereiche wurden allerdings markant weniger häufig genannt als im Jahr 2006. Massiv zugelegt haben demgegenüber die nächstwichtigen Themen Ausländerproblematik (35%; +8%) und die Angst, die persönliche Sicherheit sei nicht mehr gewährleistet (30%; +17%). Dass die Umfrage im August durchgeführt wurde, also zu der Zeit als die Inserat- und Plakatkampagne der SVP mit genau diesen beiden Themen überall präsent war, mag an diesem Resultat nicht ganz unschuldig sein. Ähnliches gilt wohl auch für die grösser gewordene Angst vor der Zerstörung der Umwelt, welche 2006 nur von sieben Prozent der Befragten als eines der fünf wichtigsten Themen genannt wurde, im Wahljahr 2007 aber von 25 Prozent.<sup>10</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 16.12.2008  
HANS HIRTER

Die von der GfS-Bern im Auftrag der Crédit Suisse jährlich durchgeführte repräsentative Befragung über die wichtigsten **Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz** ergab für 2008 keine markanten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Resultate waren noch stark geprägt von der Hochkonjunkturstimmung und den damit verbundenen massiven Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Erdölprodukten. Die Angst vor Inflation nahm um 12 Prozentpunkte zu und kam auf Rang 4. An der Spitze der Sorgenliste standen aber nach wie vor die von 53% der Befragten genannte Arbeitslosigkeit (-4% gegenüber 2007), das Gesundheitswesen (40%; -2%) und die Altersvorsorge (39%; -6%). Die Ausländerproblematik, welche im Wahljahr 2007 für viele an Bedeutung gewonnen hatte, erschien nun wieder weniger wichtig (24%; -11%).<sup>11</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 15.12.2009  
HANS HIRTER

Die von der GfS-Bern im Auftrag der Crédit Suisse jährlich durchgeführte repräsentative Befragung über die wichtigsten **Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz** ergab erneut keine markanten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Wirtschaftskrise wirkte sich nun aber voll aus und die Angst vor Arbeitslosigkeit, die seit 2003 immer an der Spitze gelegen hatte, legte nochmals um dreizehn Prozentpunkte auf 71 Prozent zu. Auf den nächsten Rängen der Sorgenliste folgten weiterhin das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge. Die Angst vor Inflation, welche im Vorjahr im Zusammenhang mit der Preisexplosion auf dem Erdölmarkt und den stark ansteigenden Lebensmittelpreisen prominent auf dem vierten Rang aufgetaucht war, verschwand wieder in der Versenkung (Position 13).<sup>12</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Das **Sorgenbarometer**, eine jährlich von der GfS-Bern im Auftrag der Crédit Suisse bei rund 1'000 Befragten durchgeführte Umfrage zu den Sorgen der Bevölkerung wies noch immer – wie bereits 2009 – die Arbeitslosigkeit als Hauptsorge aus. Obwohl die Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr zurückging, hatten mehr als drei Viertel der Befragten Angst vor Stellenverlust. Aus dem Katalog von 35 Sorgen mussten die Befragten die fünf drängendsten auswählen. Ebenfalls häufig genannt wurde die Sorge um die Altersvorsorge und um das Gesundheitswesen. Relativ stark zugenommen hat die Sorge um die Zukunft der Beziehungen der Schweiz mit der EU (von Rang 14 auf Rang 7). Deutlich abgenommen hat hingegen die Sorge um die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise (Ränge 13 und 14).

# Angstbarometer 2010–2013

## Stimmung in der Bevölkerung

### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Das vom Finanzunternehmen Aduno Gruppe finanzierte und von der GfS-Zürich durchgeführte **Angstbarometer** zeigt, dass sich die Schweizer Bevölkerung insbesondere vor der Klimaveränderung, vor dem Egoismus der Menschen und vor Kriminalität fürchtet. Auffallend sind laut der Studie die zurückgehenden Ängste hinsichtlich Überfremdung, Kriminalität und Sittenzerfall.

### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 27.11.2011  
MARC BÜHLMANN

Ein im Vergleich zu 2010 ähnliches Bild zeichnet das vom Finanzunternehmen Aduno Gruppe finanzierte und von der GfS-Zürich durchgeführte **Angstbarometer**: Im Vergleich zum Vorjahr hat die Angst vor einer Rezession oder einer Inflation stark zugenommen. Den grössten Zuwachs verzeichnet hingegen – aufgrund der Ereignisse in Japan wenig erstaunlich – die Angst vor einer Atomverseuchung.<sup>13</sup>

### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 12.11.2012  
MARC BÜHLMANN

Das von der GfS-Zürich durchgeführte **Angstbarometer** widerspiegelte die mediale Themenkonjunktur: So ging die Angst vor einer Atomkatastrophe im Berichtjahr im Gegensatz zum Vorjahr, als die Atomkatastrophe im japanischen Fukushima noch präsent gewesen war, stark zurück. Im Gegensatz dazu nahmen die Ängste vor Überfremdung durch Ausländer und Flüchtlinge bedeutend zu. Laut der Studie hat diese Angst vor allem bei Sympathisanten der SP, der CVP und der FDP zugenommen, wobei sie bei SVP-Anhängerinnen auf hohem Niveau konstant blieb. Die Studienverantwortlichen führten dies auf die medial begleitete, zunehmend restriktivere Ausländerpolitik bei den bürgerlichen Parteien aber auch bei der SP zurück.<sup>14</sup>

### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 28.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Das **Angstbarometer**, eine jährlich bei rund 1'000 Personen von gfs.zürich durchgeführte Befragung, zeigte eine deutliche **Abnahme der gefühlten Bedrohung**. Sowohl ein aggregierter Index als auch die verschiedenen abgefragten konkreten Bedrohungen verzeichneten einen Rückgang. Dieser wurde von den Verfassern der Analyse mit einer im Vergleich zu den bewegenden Vorjahren mit der Umweltkatastrophe in Fukushima, der Wirtschaftskrise 2011 sowie der intensiven Diskussion um die Zuwanderung aus der EU im Jahr 2012 relativen Ereignisarmut im Jahr 2013 erklärt. Ein deutliche Abnahme zeigte sich insbesondere bei der sozio-ökonomischen Bedrohung: Die noch 2011 das Angstempfinden prägende Schuldenkrise stellte in den Augen der Befragten im Berichtjahr kaum mehr eine Bedrohung dar. Auch die Angst vor Umweltverschmutzung nahm ab, wurde aber nach wie vor als stärkste Bedrohung wahrgenommen – insbesondere in Form von Luftverschmutzung und Klimaveränderung.<sup>15</sup>

# Sorgenbarometer 2011–2020

## Stimmung in der Bevölkerung

### STUDIEN / STATISTIKEN

DATUM: 31.12.2011  
MARC BÜHLMANN

Die internationale Wirtschaftskrise schlug sich auf das **Sorgenbarometer** nieder, eine jährlich von der GfS-Bern im Auftrag der Crédit Suisse durchgeführte Befragung von rund 1'000 Personen zu den Sorgen der Bevölkerung. Zwar war die Sorge um Arbeitslosigkeit wie bereits im Vorjahr auf Rang 1 (52% der Befragten nannten die Arbeitslosigkeit als grösste Sorge), die Sorge um die Wirtschaftsentwicklung (35%; Rang 3; Vorjahr Rang 14) und um die Finanzmärkte (30%; Rang 4; Vorjahr Rang 13) rückten aber scheinbar stark ins Bewusstsein. Nach wie vor grosse Sorgen machen sich die Befragten auch zum Thema Ausländer (36%; Rang 2; Vorjahr Rang 5). Nach hinten rutschten die Sorgen um AHV und Altersvorsorge (27%; Rang 6; Vorjahr Rang 2).



Unverändert grösste Sorge blieb auch 2012 die Arbeitslosigkeit, wie das jährlich von der GfS im Auftrag der Crédit Suisse durchgeführte **Sorgenbarometer** zeigte. Aus einer Vorgabe von 34 Themen wählten rund 1'000 Befragte die drängendsten Probleme aus. Für fast die Hälfte der Befragten (49%; 2011: 52%) gehört die Angst vor einem Jobverlust zu den grössten Sorgen. Unverändert auf Rang zwei folgt das Thema «Ausländer» (37%; 2011: 36%). Um die AHV und die Altersvorsorge sorgt sich rund ein Drittel der Befragten (36%; 2011: 27%). Stark zugenommen hat zudem die Sorge um das Asylwesen (32%; 2011: 21%), welche somit die Besorgnis um das Gesundheitswesen (unverändert 30%) überholte.<sup>16</sup>

Nach wie vor grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung war im Berichtsjahr die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Seit elf Jahren findet sich die Sorge um Arbeitslosigkeit im **Sorgenbarometer**, einer im Auftrag der Crédit Suisse bei jeweils rund 1'000 Personen von gfs.bern durchgeführten Langzeitbefragung, auf Platz eins; allerdings war der Anteil der Befragten im Vergleich zum Vorjahr relativ deutlich von 49 Prozent auf 44 Prozent gesunken, was seit 2000 den geringsten Anteil darstellte. In der Westschweiz (52%) war die Sorge um einen Jobverlust dabei nach wie vor grösser als in der Deutschschweiz (40%), der Sprachgraben hatte sich aber im Vergleich zum Vorjahr verkleinert. Unverändert an zweiter Stelle lag die Sorge um die Zuwanderung und die damit verbundenen Integrationsfragen (37%; 2012: 37%), gefolgt von Ängsten um die Altersvorsorge (29%; 2012: 32%), von den Sorgen um das Asylwesen (28%; 2012: 32%) und von den Sorgen um die persönliche Sicherheit (24%; 2012: 21%), die vor allem von Frauen und Männern im Pensionsalter geäussert wurden. Weiterhin rückläufig waren auch die Ängste um das Gesundheitswesen, die während Jahren einen der drei Spitzenplätze eingenommen hatten; 2013 gaben aber lediglich noch 21 Prozent der Befragten an, sich um das Gesundheitswesen zu sorgen (2012: 30%).<sup>17</sup>

Bei den seit 1976 jährlich von der Credit Suisse ermittelten Sorgen der Bevölkerung der Schweiz im so genannten **Sorgenbarometer** zeigte sich auch 2014 die Arbeitslosigkeit als das Thema, das die meisten Bauchschmerzen verursacht. Seit 2003 wird die Arbeitslosigkeit als Hauptsorge betrachtet. 2014 bezeichneten 51% der rund 1000 von gfs.bern befragten Personen die Erwerbslosigkeit als grösste Besorgnis, was einem Plus von sieben Prozentpunkten im Vergleich zu 2013 gleichkommt. 40% der Befragten sorgen sich um Ausländerfragen (+ 3 Prozentpunkte) und 37% der Befragten (+ 8 Prozentpunkte) bereitet die AHV bzw. die Sicherung der Renten Unbehagen. Die Befragten konnten aus einer Liste aus 34 Sorgen fünf Nennungen abgeben. Sorgen um das Asylwesen und Flüchtlingsfragen (26%, - 2 Prozentpunkte) und das Gesundheitswesen (23%, + 2 Prozentpunkte) fanden sich wie schon vor einem Jahr ebenfalls unter den fünf Hauptsorgen der Schweizerinnen und Schweizer.<sup>18</sup>

Arbeitslosigkeit, Ausländer und Altersvorsorge – die drei A wurden im jährlich erhobenen **Sorgenbarometer** auch 2015 als grösste Probleme bezeichnet. Rund 1000 Befragte müssen in dieser von der Credit Suisse finanzierten und von gfs.bern durchgeführten Befragung aus 34 Antwortvorgaben jeweils die fünf wichtigsten Probleme benennen. 2015 bezeichneten 43% die Vorgabe "AusländerInnen" als wichtigstes Problem, was im Vergleich zu 2014 erneut einen Zuwachs von drei Prozentpunkten bedeutete. Auch die Thematik "Flüchtlinge/Asyl" wurde gegenüber 2014 deutlicher als Problem wahrgenommen: 35% der Befragten bezeichneten 2015 dieses Thema als Problem gegenüber 26% im Jahr 2014. Nach wie vor grosse Sorgen scheint die Altersvorsorge zu bereiten: für 38% (2014: 37%) sind Fragen zu AHV und Renten ein zentrales Problem im Jahr 2015. Auch die Arbeitslosigkeit scheint die Schweizerinnen und Schweizer – trotz eigentlich guter Konjunkturlage – zu beschäftigen. Weil die Jugendarbeitslosigkeit 2015 getrennt abgefragt wurde, ist ein Vergleich mit 2014 allerdings schwierig. 2015 bezeichneten 41% der Befragten Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und 26% Jugendarbeitslosigkeit im Speziellen als eines der fünf drängendsten Probleme; 2014 lag der Anteil, der Erwerbslosigkeit als Problem bezeichnete, bei 51%.<sup>19</sup>

Voilà 40 ans que le Crédit Suisse a lancé son baromètre annuel mesurant les craintes et préoccupations de la population suisse. **En quatre décennies, les préoccupations des suisses restent sensiblement les mêmes**, avec le chômage, l'immigration et la précarité de la prévoyance vieillesse qui figurent depuis le début – en 1976 – dans le top 10 du classement. L'évolution majeure réside dans l'intensité des craintes, qui s'est considérablement réduite, voyant seulement 46% de la population suisse avoir peur du chômage (la première préoccupation en 1976 et en 2016) tandis que 40 ans en arrière, 75% de la population redoutait de se retrouver au chômage. Selon Lukas Golder, codirecteur de l'Institut Gfs.bern qui a réalisé cette enquête, cela pourrait s'expliquer par le fait qu'il n'y a plus de grands médias "dictant" l'opinion générale, rendant les craintes ainsi plus diffuses et dispersées sur plus de thématiques. Une autre raison pourrait être l'optimisme de la population envers son système qui a résisté à plusieurs crises sans trop faillir. L'une des surprises de ce comparatif est certainement la disparition de la protection de l'environnement du top 10; un fait que Lukas Golder explique par un contexte particulier dans les années 70 qui vit la disparition des forêts due aux pluies acides et par le fait que la population, aujourd'hui, considérerait que la protection de l'environnement concerne les générations à venir.<sup>20</sup>

Im Dezember 2017 publizierte das Meinungsforschungsinstitut gfs.bern das jährlich von der Crédit Suisse in Auftrag gegebene **Sorgenbarometer**. Seit 2003 hatte stets die Arbeitslosigkeit als grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizern fungiert. Im Jahr 2017 löste das Thema AHV/Altersvorsorge die Arbeitslosigkeit ab, wenn auch mit weniger als einem Prozentpunkt Differenz. **44 Prozent der Befragten sahen im Berichtsjahr ihre Rente in Gefahr**. Damit verstärkte sich das Problembewusstsein für die AHV und die Altersvorsorge im Allgemeinen innerhalb eines Jahres erheblich: 2016 waren es lediglich 28 Prozent der Befragten gewesen, denen die Altersvorsorge Kummer bereitet hatte. Die Bedenken der Bevölkerung gegenüber der Altersvorsorge zeigten sich auch bei der Frage, welchem politischen Ziel die Befragten derzeit die höchste Priorität einräumen würden. 24 Prozent gaben AHV/IV an, deutlich vor Familie-Beruf (14%) und wirtschaftliches Wachstum (14%). Auch dürfte sich die Sorge um die Altersvorsorge mittelfristig auf dem erhöhten Niveau halten, denn gemäss Aussage von Lukas Golder, Co-Leiter von gfs.bern, habe das Nein des Stimmvolks zur AHV-Reform 2020 im September 2017 kaum zu einer Beruhigung beigetragen und diese Abstimmung sei erst nach der Erhebung für das Sorgenbarometer erfolgt, wie er dem Tages-Anzeiger sagte. Auch die Sorgen um die Gesundheit/Krankenkassen und um die soziale Sicherheit nahmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu. Während im Vorjahr 21 Prozent das Thema Gesundheit/Krankenkassen zu den fünf grössten Sorgen gezählt hatten, waren es 2017 26 Prozent; bei der sozialen Sicherheit sprang der Wert innerhalb eines Jahres von 11 Prozent auf 18 Prozent. Deutlich weniger Sorgen als noch im Vorjahr bereitete das Thema Flüchtlinge und Asyl: 19 Prozent (2016: 26%) sahen das Thema als eines der fünf grössten politischen Probleme an. Die Studienleiter führten dies auf den deutlichen Rückgang der Anzahl Asylgesuche von 2015 (39'523) auf 2016 (27'207) zurück.<sup>21</sup>

Laut dem von der Credit Suisse beim gfs.bern in Auftrag gegebenen **Sorgenbarometer** bereiteten den Schweizerinnen und Schweizern im Umfragejahr 2018 die Altersvorsorge am meisten, die Gesundheit und Krankenkassen am zweitmeisten Sorgen. Der Rentensicherung ordneten die Befragten dabei höchste politische Priorität zu, wobei hierzu die gescheiterte AHV-Reform beigetragen haben dürfte, wie im Bericht festgestellt wurde. Während zwar die Zahl der in die Schweiz geflüchteten Menschen leicht zurückgegangen sei, hätten die Kategorien «AusländerInnen» (dritter Platz) sowie «Flüchtlinge und Asyl» (vierter Platz) erstmals seit drei Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Neu fand sich im Untersuchungsjahr auch die Umweltthematik unter den Top Fünf, was laut Bericht einerseits dem trockenen und heissen Sommer, andererseits aber auch dem in den Medien sehr präsent diskutierten Klimawandel zuzuschreiben sei.

Wohl erstaunlichstes Resultat sei jenes bezüglich der Arbeitslosigkeit. Diese, eigentlich eine Dauersorge der Schweizer Bevölkerung, gehöre erstmals seit den Neunzigerjahren nicht mehr zu den fünf dringendsten Problemen. So schätzten insgesamt 85 Prozent der Befragten ihren Arbeitsplatz als gesichert ein. Dabei fühlten sie sich auch nicht durch Entwicklungen wie der zunehmenden Digitalisierung bedroht: 75 Prozent der Umfrageteilnehmenden hielten es für unwahrscheinlich, dass sie ihren Job an einen Roboter abtreten müssten.

Über das **Vertrauen in die Institutionen** befragt, gaben 61 Prozent an, der Regierung zu

vertrauen, womit dieser Wert weit über dem OECD-Schnitt von 43 Prozent liegt. Ein noch höheres Vertrauen habe die Bevölkerung gemäss Studie aber in die Justiz: Mit 70 Prozent belegten das Bundesgericht und die Polizei auf der Rangliste gemeinsam den ersten Platz. Auf dem zweiten Platz lagen die Armee und die Nationalbank. Einen Vertrauensverlust mussten unterdessen die politischen Parteien verzeichnen: Nur noch 39 Prozent der Befragten, also 13 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, vertrauten laut der Umfrage den Parteien. In dieses «politkritische Bild» der Schweiz passe denn auch der zurückgegangene Nationalstolz: Im Erhebungsjahr gaben 79 Prozent an, stolz darauf zu sein, Schweizerin oder Schweizer zu sein, was einem Rückgang von elf Prozentpunkten gegenüber der Vorjahresumfrage entspreche.<sup>22</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 05.12.2019  
CHRISTIAN GSTEIGER

Wie bereits im Vorjahr führte die Altersvorsorge die Rangliste des vom Forschungsinstitut gfs.bern erstellten **Sorgenbarometers 2019** an. Mit dieser jährlich von der Credit Suisse in Auftrag gegebenen Studie werden die Sorgen der Schweizer Bevölkerung eruiert. Insgesamt blieben die fünf grössten Sorgen im Vergleich zum Vorjahr beinahe unverändert. Eine Ausnahme bildete lediglich der fünfte Platz, welcher von der Sorge um die Arbeitslosigkeit belegt wurde, die damit wieder nach vorne in die gewohnten Topplätze gerückt war. Auf die AHV auf dem ersten folgte die Kategorie «Gesundheit, Krankenkassen» auf dem zweiten Platz, während die Sorge aufgrund von «AusländerInnen» auf dem dritten Platz landete. Einen Platz nach vorne gerückt war die Kategorie «Umweltschutz/Klimawandel/Umweltkatastrophe», die Kategorie «Flüchtlinge/Asyl» hingegen fiel auf den neunten Platz zurück. Hierbei, so eine These der Studie, sei bemerkenswert, dass gleichzeitig die Sorge um die persönliche Sicherheit (sechster Rang) um elf Prozentpunkte zugelegt habe. Das Narrativ, in welchem Flüchtlinge als «Sicherheitsbedrohung von aussen» dargestellt würden, funktioniere somit nicht mehr. Überhaupt konnte die Studie keine Gründe für die Sicherheitsbedenken ausmachen, denn etwa auch die Angst vor Terrorismus oder Fundamentalismus stieg nicht an. Der Kern dieser Sicherheitsbedenken sei noch zu klären.

Von der Politik verlangten die Schweizerinnen und Schweizer rasche Lösungen zu innenpolitischen Themen, so Lukas Golder von gfs.bern und Co-Leiter der Studie. Auf die Frage, welche Probleme am dringendsten von den Politikerinnen und Politikern angegangen werden müssten, nannten die meisten Umfrageteilnehmenden denn auch die Rentenreform, wie dies bereits im Jahr zuvor der Fall gewesen war. Neu war, dass 2019 die Umweltfragen auf dem zweiten Platz der am dringendsten zu lösenden Probleme landeten. Anscheinend waren die Befragten diesbezüglich von den Politikerinnen und Politikern enttäuscht, denn 46 Prozent gaben an, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Themen, wobei 83 Prozent anfügten, der Bundesrat müsse «seine Führungsrolle besser wahrnehmen». Noch im vergangenen Jahr lag das Vertrauen in den Bundesrat bei 61 Prozent und auch sonst war das Vertrauen in die Institutionen vergleichsweise hoch. Dies habe sich geändert: Von der EU, über die Kirchen, zu den Arbeitsvertretungen, bis hin zu den politischen Parteien wiesen viele **Institutionen einen Vertrauenseinbruch** aus, welcher nicht selten 20 Prozentpunkte betrug. Auch die Armee, im Vorjahr noch auf dem zweiten Platz, verlor in gleichem Ausmass an Vertrauen in der Bevölkerung. Bemerkenswert war hierbei, dass sich 90 Prozent der Befragten eine grössere Anerkennung von Freiwilligenarbeit wünschten, wobei sich 74 Prozent der Befragten vorstellen konnten, dass «obligatorische Dienste als Alternative zum Militärdienst» hier Abhilfe schaffen würden. Einzig die Polizei verzeichnete einen kleinen Vertrauensanstieg und belegte neu den ersten Platz – was im Hinblick auf die Sorge um die persönliche Sicherheit eine passende Entwicklung sei, wie die Studie abschliessend feststellte.<sup>23</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 12.12.2020  
MATHIAS BUCHWALDER

Sans surprise, **la pandémie de coronavirus** et ses conséquences font une entrée fracassante **dans le baromètre des préoccupations** du Credit Suisse **2020**. Ce thème arrive en tête de l'étude réalisée par l'institut de recherche gfs.bern, qui a interrogé des citoyens et citoyennes suisses sur leurs principales préoccupations et sur les caractéristiques de l'identité du pays. C'est la première fois en 44 ans qu'une nouvelle préoccupation arrive aussi nettement en haut du classement. En effet, 51 pour cent des personnes sondées ont cité la pandémie parmi les cinq plus gros problèmes auquel la Suisse fait face. Suivent dans le classement le thème de l'AVS et de la prévoyance vieillesse (37%), qui occupait la première place depuis 2017, et l'inquiétude liée au chômage (31%), elle aussi en augmentation, sans doute en lien avec la pandémie. Le thème de l'environnement et du climat, mentionné par 29 pour cent des personnes

sondées, occupe la quatrième place. Il est néanmoins considéré comme le deuxième problème le plus urgent à résoudre, seulement précédé par la pandémie de coronavirus. Le top-5 des préoccupations des suisses et suissesses est complété par la catégorie «étrangers» avec 28 pour cent.

Si l'on met de côté la pandémie, les préoccupations de la population sont relativement similaires aux années précédentes. Certaines thématiques telle que la prévoyance vieillesse, la protection environnementale ou la question des étrangers, même si toujours considérées comme importantes, sont néanmoins devenues moins urgentes aux yeux des citoyens et citoyennes, alors que l'inquiétude face au chômage est elle revenue sur le devant de la scène, sans pour autant atteindre les niveaux records des années 90, comme le souligne Lukas Golder, le co-directeur de gfs.bern.

Parmi les autres questions posées aux personnes sondées figurait celle des éléments les plus importants de la sécurité du pays. Mises en lumière par la pandémie, les questions d'approvisionnement arrivent en tête de liste. Ce sont la sécurité de l'approvisionnement en énergie, l'approvisionnement autonome en matériel médical ainsi que la sécurité de l'approvisionnement en marchandises qui cristallisent l'attention, en adéquation avec le fait que 87 pour cent des personnes sondées se disent plutôt ou tout à fait d'accord avec la proposition de rapatrier en Suisse, avec l'aide de l'État, certains processus de production.

La confiance dans les institutions est elle en hausse par rapport à l'année précédente. La police conserve sa première place en ayant la confiance de 70 pour cent de la population, suivie par le Conseil fédéral avec 68 pour cent et un gain de 18 points de pourcentage. Le Parlement fédéral (Conseil des États: 51%, +7 pp; Conseil national: 48%, +8 pp) et l'administration publique (48%, +8 pp) progressent également. Selon Lukas Golder, cela s'explique par la bonne maîtrise de la première vague de la pandémie. Il convient cependant de relever que l'étude a été réalisée au cours de l'été, au moment où le nombre de contaminations était bas et les conséquences de la deuxième vague ne se faisaient pas encore sentir.

L'étude montre également un intérêt grandissant de la population pour les questions politiques, avec 85 pour cent des personnes sondées qui se disent très ou plutôt intéressées par la politique. Enfin, les suisses et suissesses évaluent toujours leur situation économique personnelle de manière positive, même si la part des personnes s'attendant à une dégradation de celle-ci ou s'inquiétant pour leur avenir n'a jamais été aussi grande (19%).<sup>24</sup>

## Sorgenbarometer 2021–2030

### Stimmung in der Bevölkerung

Pour la seconde année consécutive, la pandémie de coronavirus et ses conséquences figurent en tête des préoccupations des suisses et suissesses, selon le **baromètre des préoccupations 2021 du Crédit Suisse**. L'étude, réalisée par gfs.bern aux mois de juillet et d'août 2021, indique que 40 pour cent des répondant.e.s considèrent ce thème comme l'un des cinq plus gros problèmes auxquels le pays fait face. La protection de l'environnement et du climat (39%) et l'AVS/prévoyance vieillesse (39%) sont également des sujets dont la population se soucie fortement. Les relations avec l'UE (33%), l'évolution des coûts en matière de santé et d'assurances (25%), l'arrivée de forces de travail qualifiées (20%) et de réfugié.e.s (19%) suivent dans ce classement. Par rapport à l'année précédente, la gestion de la pandémie, si elle demeure certes première, semble moins préoccuper la population – 51 pour cent des sondé.e.s la classait parmi les cinq problèmes les plus importants – alors que la question climatique et environnementale prend plus d'importance – de 29 à 39 pour cent –, peut-être en lien avec le rejet de la loi sur le CO2 et les catastrophes naturelles comme les inondations en Allemagne en juillet, selon le rapport. Malgré l'abandon de l'accord-cadre, les citoyennes et citoyens semblent moins inquiet.e.s de la poursuite des relations avec l'UE qu'en 2020. Enfin, les thématiques migratoires perdent de l'importance depuis quelques années, tandis que le chômage ne figure pas non plus parmi les préoccupations principales de la population.

En outre, 65 pour cent des personnes interrogées considèrent leur situation économique comme très bonne ou plutôt bonne, et sont plutôt confiantes quant à leurs possibilités de maintenir ce niveau de prospérité. De plus, 10 pour cent des sondé.e.s s'attendent à une dégradation de leur situation économique (–9 points de pourcentage, pp, par rapport à 2020), une part qui revient ainsi au niveau d'avant la pandémie.

Après une progression en 2020, la confiance dans les institutions est en recul cette

année. 63 pour cent des citoyennes et citoyens témoignent de leur confiance envers la police (-7pp) et le Conseil fédéral (-5pp). Le Tribunal fédéral jouit de la confiance de 60 pour cent de la population (-3pp), la BNS de 51 pour cent (-6pp), le Conseil des États de 42 pour cent (-9pp), tout comme le Conseil national (-6pp). Enfin, l'administration publique (39%, -9pp) et l'armée (40%, -8pp) enregistrent également un recul. Lorsqu'on leur demande leur avis sur la gestion de la crise, 57 pour cent des suisses et suissesses estiment que la Suisse a mieux géré la pandémie que les autres pays, même si 63 pour cent auraient jugé opportun que la Confédération dispose de plus de compétences par rapport aux cantons durant la période de crise. L'étude de gfs.bern porte sur un échantillon de 1722 personnes disposant du droit de vote et issues de toute la Suisse. La marge d'erreur est de plus ou moins 2.3 points de pourcentage.<sup>25</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 23.11.2022  
MATHIAS BUCHWALDER

L'environnement, les retraites ainsi que le thème de l'énergie: ce sont là les trois préoccupations principales de la population suisse, d'après le **baromètre des préoccupations 2022** du Credit Suisse. L'enquête a été réalisée par l'institut gfs.bern auprès de 1'774 personnes ayant le droit de vote entre juillet et août 2022.

Comme en 2021, 39 pour cent des sondé.e.s citent la protection de l'environnement, le changement climatique et les catastrophes qui en découlent parmi leurs cinq préoccupations principales, ce qui fait de l'environnement le thème le plus mentionné en 2022. L'année précédente, il n'était précédé que par la pandémie de Covid-19, qui constituait la principale préoccupation de la population autant en 2020 (51%) qu'en 2021 (40%). Signe que les heures les plus graves de la crise sanitaire semblent passées, elle n'est mentionnée que par 13 pour cent des répondant.e.s en 2022, ce qui en fait, selon le communiqué de presse, un «problème du quotidien», et non plus une préoccupation majeure. À l'inverse, l'environnement gagne en importance au fil des années: 7 pour cent le mentionnaient en 2006, et 18 pour cent en 2012. Quant au thème de la prévoyance-vieillesse et l'AVS, il figurait déjà parmi les préoccupations principales de 51 pour cent des répondant.e.s en 2006, et de 36 pour cent en 2012. En 2022, 37 pour cent des suisses et suissesses considèrent toujours qu'il s'agit là d'un des problèmes les plus importants. Ce résultat n'est pas étonnant, sachant que la réforme du système des retraites est l'un des serpents de mer de la politique suisse depuis plusieurs décennies. Il appartiendra au baromètre de 2023 de démontrer si le projet AVS-21, accepté dans les urnes par une courte majorité de la population en septembre 2022, aura calmé les inquiétudes à ce sujet. Pendant ce temps, les débats sur la réforme de la LPP continuent au Parlement. Le podium des préoccupations des suisses et suissesses est complété par la question de l'énergie, mentionnée par 25 pour cent des répondant.e.s (11% en 2006; 16% en 2012). Les incertitudes à court-terme liées à la guerre en Ukraine jouent sans aucun doute un grand rôle dans l'importance accordée à ce thème, qui n'avait jusqu'alors jamais figuré aussi haut dans le classement. Les auteur.e.s du rapport relèvent cependant que la stratégie énergétique à long-terme constitue également une crainte, s'agissant notamment des compromis qu'il faudra probablement accepter «dans les domaines de l'environnement, de la protection du paysage ou de technologies telles que le nucléaire». Outre l'énergie, la guerre en Ukraine a des implications sur d'autres thématiques. Ainsi, 20 pour cent des personnes interrogées mentionnent le conflit en tant que tel parmi leurs préoccupations principales (8e rang dans le classement), et 21 pour cent s'inquiètent de la sécurité de l'approvisionnement (énergie, mais aussi médicaments et sécurité alimentaire, 7e rang du classement). Enfin, l'inflation, mentionnée par 24% des sondé.e.s, figure en cinquième position et fait son retour après plusieurs années d'absence, tandis que le système de santé, un thème récurrent, figure cette année au sixième rang (24%). Les thématiques relevant de la migration ferment le «top ten» des préoccupations de la population, mentionnées par 19 (pour la catégorie «étrangers / immigration / libre circulation des personnes») et 16 pour cent (pour la catégorie «réfugiés / demandeurs d'asile»). Malgré la forte pression migratoire en 2022, l'importance accordée à ces thématiques reste loin de celle d'il y a quelques années.

Dernier thème du top 10 à ne pas avoir été évoqué, la politique européenne est mentionnée par 25 pour cent des participant.e.s au sondage, ce qui la classe au quatrième rang des préoccupations principales. La population est partagée quant à la politique européenne menée par la Suisse. En effet, la décision prise par le Conseil fédéral de rompre les négociations pour un accord-cadre institutionnel en mai 2021 est saluée par 49 pour cent des répondant.e.s (-2 points de pourcentage (pp) par rapport à 2021), alors que 42 pour cent (+2pp) la regrette. Pour l'avenir, différentes solutions sont plébiscitées parmi les sondé.e.s: la reprise des négociations pour un accord-cadre recueille le plus de soutien, à égalité avec le développement des accords bilatéraux. Parmi les autres possibilités évoquées, l'entrée dans l'Espace économique européen



(EEE) bénéficie d'un regain de support, trente ans après le refus de cette proposition dans les urnes. 76 pour cent des participant.e.s à l'étude trouvent qu'il est important que la Suisse entretienne des relations stables avec l'UE. Pour la majorité, la responsabilité du développement des relations Suisse-UE incombe au Conseil fédéral. D'un point de vue économique, 19 pour cent (+9pp) des citoyennes et citoyens craignent que leur situation personnelle ne se détériore à l'avenir, le taux le plus élevé depuis que cette question est posée. En revanche, 65 pour cent qualifient leur situation économique actuelle de bonne ou très bonne, comme l'année passée, et 6 pour cent la considère comme mauvaise ou très mauvaise. En outre, 92 pour cent des personnes interrogées trouvent que l'économie suisse va plutôt bien, voire très bien, en comparaison avec les autres pays.

Enfin, la confiance dans les institutions demeure stable, à un niveau relativement élevé: le Conseil fédéral, la police et le Tribunal fédéral bénéficient de la confiance de plus de deux tiers de la population. La confiance accordée au Parlement, à la BNS et aux partis politiques est moindre, mais connaît une légère amélioration, alors que la confiance dans l'armée, en raison probablement du contexte géopolitique, bondit de 8pp pour atteindre 48%.

À moins d'une année des prochaines élections fédérales, les tendances mises en avant par la 46ème édition du baromètre des préoccupations sont susceptibles de donner des idées aux partis politiques. Sachant que les élections fédérales de 2019 ont été marquées par la question climatique et celles de 2015 par la crise migratoire, sur quels thèmes faudra-t-il capitaliser en 2023 pour engranger des voix? <sup>26</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 22.11.2023  
CHLOÉ MAGNIN

En 2023, les primes d'assurance maladie, l'environnement et l'AVS sont les trois préoccupations principales de la population suisse. C'est la conclusion tirée par la 47ème édition du **baromètre des préoccupations** de Credit Suisse, conduit par gfs.bern. Les données, récoltées auprès de 1'551 personnes ayant le droit de vote en Suisse entre août et septembre **2023** ont permis de réaliser une esquisse de ce qui préoccupe les votant.e.s suisses.

Les préoccupations portant sur la santé, les assurances maladie et les primes d'assurance maladie ont grimpé de 16 points depuis 2022, devenant la problématique principale mentionnée par les sondé.e.s. Ce domaine a été évoqué par 40 pour cent des participant.e.s, lorsque, à partir d'une liste prédéfinie qui regroupe des thèmes discutés publiquement, les sondé.e.s ont dû sélectionner les 5 domaines qu'ils et elles considèrent personnellement comme étant les problèmes les plus importants en Suisse. Alors que la thématique englobant l'environnement, le changement climatique et les catastrophes naturelles prenait la première place du tableau en 2022, en une année, les préoccupations ont relativement baissé à ce sujet (-1pp), pour atteindre la deuxième place du tableau. 38 pour cent des participant.e.s ont affirmé être préoccupé.e.s par ces domaines. Bien que ce pourcentage reste haut, le rapport note que la constante augmentation des préoccupations liées à l'environnement entre 2017 et 2021 – grèves pour le climat – n'est plus observée. Aussi, la fragmentation des préoccupations – grand nombre de préoccupations différentes – pourrait expliquer l'évolution globale des préoccupations dans le temps. L'AVS reste perçue comme problématique par la population (32%), bien qu'elle soit moins mentionnée qu'auparavant (-5 pp). La quatrième place est occupée par deux domaines ex aequo (26%): les relations avec l'Europe et les questions énergétiques (approvisionnement électrique, énergies renouvelables et énergie nucléaire). Cette dernière thématique avait pris l'ascenseur dès le début de la guerre en Ukraine et a encore augmenté (+1 pp) depuis l'analyse de 2022. La population suisse est aussi préoccupée par la migration et les étranger.ère.s (23%), les classant au sixième rang, suivis de très près par l'inflation et les questions relatives à l'habitat (augmentation des frais d'habitation et de loyers) (+9pp), tous deux mentionnés par 22 pour cent des sondé.e.s. Dans les thématiques les moins mentionnées du «top dix», se trouvent les réfugié.e.s et les questions d'asile ainsi que la sécurité sociale (respectivement 20% et 15%).

Près de 65 pour cent des Suisses et Suissesses estiment que leur situation financière se porte bien ou très bien. De plus, une corrélation a pu être notée: plus le revenu est haut, meilleure est l'appréciation de la situation financière. En comparaison avec l'étranger, les Suisse.esse.s interrogé.e.s s'accordent presque tous et toutes – plus de 90 % – à dire que l'économie se porte bien. Ce taux a augmenté depuis 2004. A ce moment-là, quelques 80 pour cent défendaient cette position.

A la question: «Avez-vous le sentiment que la politique du Conseil fédéral et de l'Administration échoue sur des aspects décisifs », bien que la plupart ait répondu «rarement» (47%), 46 pour cent affirment que c'est souvent le cas. Pratiquement personne est en accord parfait avec les décisions des institutions suisses. Le nombre de citoyen.ne.s qui estiment que le gouvernement échoue souvent a quelque peu

diminué par rapport à 2020 et à la période de pandémie. La police et la justice, suivies par le Conseil fédéral et la BNS sont les institutions à qui le plus de confiance est accordée. Le sondage note une baisse de confiance remarquable concernant les institutions religieuses ; et ceci, avant l'éclat des scandales liés à l'Eglise catholique.

Comme 2023 était une année électorale, les partis politiques ont occupé une place particulière dans le sondage. L'UDC a été décrite comme la plus compétente – sur les 6 axes d'actions politiques évoqués – par le plus de sondé.e.s. Près d'un tiers des sondé.e.s considère que l'UDC défend des valeurs justes ou importantes en Suisse. Le PS, Le Centre et le PLR sont généralement perçus de manière semblable, à une exception près. Le PS semble se distinguer sur les thèmes politiques qu'il défend. En effet, il serait plus capable de mener des discussions autour de problématiques qui touchent la population. Il a été remarqué que les 18 à 39 ans considèrent que l'UDC fait un bon travail de campagne et est capable de faire aboutir les idées qu'elle défend. Cependant, pour les autres questions posées – par exemple «défend des valeurs justes en Suisse» ou «aide la Suisse sur le long terme» –, les autres partis la devancent. Le Centre et les Verts-libéraux sont considérés par les votant.e.s suisses comme les plus aptes à trouver une solution à la plus grande préoccupation des Suisse.sse.s : les primes et les caisses maladie. Le sondage mentionne l'initiative populaire du Centre pour donner une possible explication à ce phénomène.

L'analyse pointe un changement de mentalité relatif au monde du travail. Pendant près de 37 ans, les votant.e.s suisses ont considéré le chômage comme une préoccupation importante. Cependant, depuis 2020, les préoccupations à ce sujet baissent, se rapprochant d'autres sources de soucis. Ainsi, le chômage ne fait, actuellement, plus partie du tableau (-8 pp par rapport à 2022). Cette préoccupation a été remplacée par une inquiétude liée aux coûts de la vie (coûts de l'habitat + 9 pp).

Sur la base des réponses obtenues, le rapport de l'institut bernois n'a pas pu générer un modèle généralisable à toute la population. Les générations, l'âge ou la région linguistique seraient des facteurs pouvant expliquer certaines différences dans les préoccupations formulées. Une individualisation de la société et la fragmentation des médias pourraient expliquer la variation des réponses. Ainsi, il a été avancé que pour les Suisse.sse.s, le «nous» a perdu en importance alors que le «je» en a pris.<sup>27</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 12.12.2024  
CHLOÉ MAGNIN

Le nouveau **Baromètre des préoccupations 2024** établi par **UBS** en collaboration avec **gfs.bern** – préalablement publié par **Crédit Suisse** – est disponible. Le **système de santé**, incluant les primes maladies, est la thématique qui préoccupe le plus les Helvètes en 2024. En effet, elle tourmente 48 pour cent de l'électorat suisse. Elle est suivie de la protection de l'environnement et du climat qui prend la deuxième place (32%), mais les préoccupations à ce sujet ont diminué depuis 2023 (-6 pp). A la troisième marche du podium des préoccupations se trouve la prévoyance vieillesse (29%) qui a elle aussi diminué en une année (-3 pp). Dans le top dix, les thématiques de la santé (+8 pp), de l'asile (+8 pp ; quatrième place), de l'immigration (+3 pp ; cinquième place), des coûts du logement (+3 pp ; sixième place), de la sécurité et de la criminalité (+6 pp ; dixième place) ont plus inquiété les participantes et les participants en 2024 qu'en 2023. L'analyse a aussi laissé transparaître que l'incertitude économique et l'augmentation du coût de la vie inquiètent les personnes interrogées.

L'étude mentionne que l'importance des inquiétudes liées à la thématique de la santé pourrait être due aux objets politiques votés en 2024 ainsi qu'à l'augmentation des primes. Gfs.bern souligne que les **préoccupations économiques** ont changé au fil des années. En effet, le chômage et la stabilité du système financier ne font plus partie du top 20, comme cela a déjà été noté par le passé. Ce sont plutôt les frais de logement qui préoccupent la population. Cette thématique a été mentionnée par 25 pour cent de l'électorat interrogé. Cependant, l'étude note que d'autres facteurs influencent les préoccupations de la population helvétique. Ainsi, la génération ou le sexe de la personne interrogée influencent son degré d'inquiétude ressentie pour une thématique.

Pour les Helvètes, l'innovation est importante. Cette dernière serait particulièrement soutenue par les institutions de formation et de recherche suisses, les PME, les start-up ou les entreprises internationales. Mais, les **institutions politiques** inciteraient peu à l'innovation. De plus, près de la moitié de l'électorat estime que le gouvernement et l'administration suisses ne sont pas à la hauteur dans leurs domaines de travail. Toutefois, la confiance accordée aux acteurs suisses est plus importante que celle témoignée pour les acteurs internationaux. Les bouleversements géopolitiques inquiètent plutôt fortement ou très fortement la majorité des interrogé.e.s. Le rapport s'est ainsi intéressé aux préoccupations liées à l'UE (18% ; huitième place), qui ont diminué depuis l'année précédente (-8 pp), ou encore à l'inquiétude de la perte de la neutralité suisse. Aussi, la Suisse serait perçue comme capable de s'adapter (64%) et 49

pour cent des interrogé.e.s font confiance au degré de préparation de la Suisse. Toutefois, 76 pour cent estiment que la Suisse devrait être plus offensive vis-à-vis de l'étranger quand elle défend ses intérêts.

En ce qui concerne la perception de la **satisfaction personnelle**, la majorité l'a qualifiée positivement, mais la part de personnes jugeant la situation actuelle comme bonne et qui perçoit l'avenir avec optimisme a diminué.<sup>28</sup>

---

1) Bund, 16.2.99.

2) Hirter (2000). Wahlen 99, S. 25 ff.

3) Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 2000, S. 297–317.; TA-Magazin, 29.7.00.

4) NZZ, 15.2.02.

5) Longchamp et al. (2002). Wirtschaftsskepsis bestimmt die heutigen Sorgen. Schlussbericht zum ‚Sorgenbarometer 2002‘ für das Bulletin der CS.

6) BaZ, 16.12.03; Bund, 16.12.03.; Longchamp et al. (2003). Das Sorgenbarometer 2003 der Credit Suisse: Sorge um den Arbeitsplatz dominiert.

7) TA, 13.12.04; NZZ, 14.12.04.

8) TA, 13.12.05.

9) BZ und TA, 19.12.06.

10) 24h, 18.12.07.; Pressemitteilung Bulletin plus – Magazin der Crédit Suisse vom Dezember 2007

11) Bund und NZZ, 16.12.08.

12) NLZ und NZZ, 15.12.09.

13) Blick, 27.11.11.

14) GfS (2012). Angstbarometer 2012; Presse vom 16.11.12.

15) Blick, 28.11.13.; Schaub (2013). Angstbarometer 2013.

16) AZ, 12.12.12.

17) Longchamp et al. (2013). Crédit Suisse Sorgenbarometer 2013.; NZZ, 10.12.13.

18) Lit. Crédit Suisse

19) Lit. Credit Suisse 2015 (Sorgen)

20) Sorgenbarometer 2016; LMD, 1.12.16

21) Sorgenbarometer 2017, Schlussbericht vom 23.11.2017; NZZ, TA, 5.12.17; AZ, 6.12.17

22) Credit Suisse (2018). Sorgenbarometer

23) Credit Suisse (2019). Sorgenbarometer.pdf; Blick, 5.12.19

24) Credit Suisse (2020) Sorgenbarometer; AZ, NZZ, 20.11.20

25) Credit Suisse (2021) Sorgenbarometer; LT, 19.11.21; Blick, CdT, LT, 26.11.21; AZ, 28.12.21

26) Communiqué de presse Credit Suisse – baromètre des préoccupations 2022; Credit Suisse, baromètre des préoccupations 2022

27) Credit Suisse, baromètre des préoccupations 2023; Lib, 4.12.23

28) Communiqué de presse UBS du 12.12.24; Rapport Baromètre des préoccupations UBS 2024